

Nordrhein-Westfalen

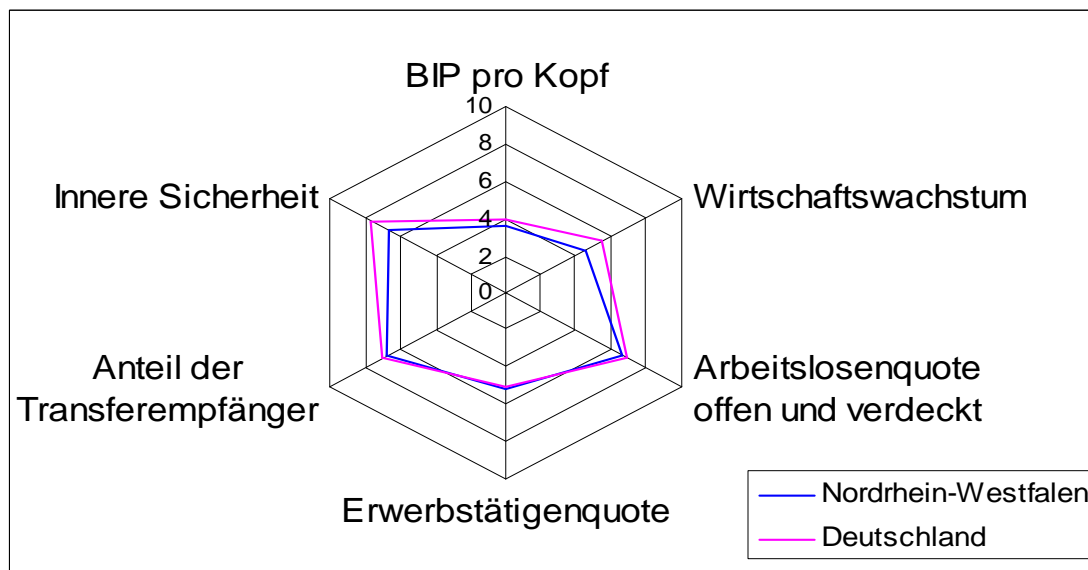
Kurzportrait

Größe 34.084 km²

Landesregierung

1990-1995: SPD
 1995-2005: SPD/ Die Grünen
 2005-2010: CDU/ FDP

	1998	2001	2004	2006
Einwohner in Mio.	17,974.	18,010	18,080	18,058
Einwohnerdichte je km ²	527	528	530	530
Registrierte Arbeitslosigkeit in %	11,7	9,6	11,2	12,6
Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit in %	12,8	10,7	12,0	13,1
BIP-pro-Kopf in €	23 500	25 500	26 500	27 800
Wirtschaftswachstum in %	2,1	0,2	0,9	2,2



Ausgangssituation

[Probleme beim Ausstieg aus dem Steinkohlebergbau]

Mehr Kohle ohne Kohle. So oder ähnlich könnte man die Sichtweise von NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers zum Steinkohlebergbau zusammenfassen. Ginge es nach ihm, würde der Ausstieg nicht mehr allzu lange auf sich warten lassen. Doch statt schon 2014 auszusteigen, sieht der Kompromiss der Großen Koalition in Berlin vor, den hoch subventionierten Steinkohlebergbau bis 2018 am Leben zu erhalten. Sogar eine Option, um darüber hinaus einen Sockelbergbau zu betreiben, wurde auf Drängen der SPD in den Kompromiss

eingebaut. Egal wie der Bundestag 2012 darüber entscheidet, das Land Nordrhein-Westfalen wird ab 2015 keine Subventionen mehr zahlen. Der unprofitable Bergbau verschlingt schon seit Jahrzehnten Milliarden aus Bundes- und Landesmitteln. Gegenwärtig fließen allein aus dem Landeshaushalt von NRW jährlich ca. 500 Mio. Euro. Insgesamt wurden 2006 ca. 2,5 Mrd. Euro von Bund und Ländern für die Subventionierung der Steinkohle aufgewendet. Doch selbst nach dem Ausstieg verursacht der Bergbau noch Kosten. Die sogenannten Ewigkeitslasten umfassen beispielsweise das fortdauernde Abpumpen des Grundwassers in Ortschaften, die durch den Kohleabbau tiefer abgesenkt wurden als der Wasserspiegel. Ein Großteil dieser Folgeschäden soll durch Erlöse aus dem avisierten Börsengang der Ruhrkohle AG (RAG) finanziell aufgefangen werden. Die Kosten der hohen Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet werden dadurch jedoch nicht gedeckt. Das jahrzehntelange Festhalten an der subventionsbedürftigen Kohle behinderte den Strukturwandel und führte in Teilen des Ruhrgebiets zu ähnlich hohen Arbeitslosenquoten wie in einigen ostdeutschen Städten und Kreisen, sowie zur Abwanderung junger und gut ausgebildeter Menschen.

Einkommen

[Höchste Aktivität zur Steigerung des Wirtschaftswachstums]

Im Zielgrößenbereich „Einkommen“ liegt Nordrhein-Westfalen im gelben Bereich. Während NRW beim BIP pro Kopf nur etwas unter dem Bundesdurchschnitt liegt, fällt das Wirtschaftswachstum deutlich unterdurchschnittlich aus. Mit 6,67 Punkten nimmt NRW jedoch, was seine Aktivitäten zur Steigerung des Wirtschaftswachstums betrifft, den ersten Platz ein. Beim Aktivitätsniveau BIP pro Kopf belegt es dagegen lediglich den neunten Platz. Insgesamt liegt NRW im Aktivitätsbereich „Einkommen“ im grünen Bereich.

[Personalausgabenquote soll gesenkt werden]

Ein gesunder Haushalt kann wesentlich zu einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung beitragen indem er genügend Spielraum für Investitionen gewährleistet und das Vertrauen der Wirtschaft in den Standort stärkt. In NRW besteht auf diesem Gebiet weiterhin Verbesserungspotential. So schmälert neben den hohen Zinszahlungen auch die Personalausgabenquote von gut 40 Prozent des Landeshaushalts den Investitionsspielraum, die nur in zwei Bundesländern noch höher ist. Um die Personalkosten zu senken, wird das Personaleinsatzmanagement künftig beim Finanzministerium angesiedelt und ein neues Personalvertretungsgesetz erarbeitet werden. Das Personaleinsatzmanagement, das maximal 180 Mitarbeiter umfasst, ist eine Art Stellenbörse, über die der Personalbedarf in der Landesverwaltung organisiert wird.

Dabei sollen alle Arten von Versetzungen möglich sein, beispielsweise von einem Ministerium in ein anderes oder vom Landesdienst in eine Kommune.

[Bürokratieabbau wird vorangetrieben]

Auch beim Bürokratieabbau gehen die Bestrebungen in die richtige Richtung. So will Nordrhein-Westfalen Gesetze, Verordnungen und Erlasse nur noch zeitlich befristet gelten lassen. Die Beibehaltung von Vorschriften nach Ablauf ihrer Frist bedarf dann einer guten Begründung gegenüber dem Landtag in Düsseldorf.

[Konsolidierungsstrategie angesichts hoher absoluter Verschuldung]

Die Konsolidierung, wie sie vom nordrhein-westfälischen Finanzminister Helmut Linssen vorangetrieben wird, ist angesichts der höchsten absoluten Verschuldung dringend geboten, auch wenn die Verschuldung je Einwohner in den meisten Ländern noch höher als in Nordrhein-Westfalen liegt. Als Positivbeispiele gelten hier die Länder Bayern und Sachsen. Eine ähnliche Strategie wie Sachsens Landeshauptstadt Dresden, die ihre Wohnungsbaugesellschaft veräußerte und den Erlös zur Schuldentilgung einsetzte, verfolgt die nordrhein-westfälische Regierung bereits. Die nordrhein-westfälische Landesentwicklungsgesellschaft mit ihren ca. 95.600 Wohnungen soll demnächst verkauft werden. Auch wenn der angestrebte Erlös von über 2,5 Mrd. Euro anders als in Dresden bei weitem nicht ausreicht, um NRW zu entschulden, soll er doch zumindest die Neuverschuldung reduzieren und somit künftige Zinszahlungen verringern. Denn obgleich NRW bei den Zinsausgaben je Einwohner im vorderen Mittelfeld liegt, kann noch lange keine Entwarnung gegeben werden. Wie der Schuldenmonitor der Bertelsmann Stiftung zeigt, besteht bei den meisten Landeshaushalten noch erheblicher Konsolidierungsbedarf, um einen mittelfristig tragfähigen Haushalt vorlegen zu können. Nordrhein-Westfalen müsste demnach fast 10 Prozent seiner Primärausgaben einsparen, um innerhalb eines vorgegebenen Zeitraums das Tragfähigkeitsziel einer konstanten Schuldenstandsquote (Verschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt) zu erreichen.

[Beschränkung des öffentlichen Sektors auf Kernkompetenzen]

Ein weiteres Vorhaben der Landesregierung, den öffentlichen Sektor auf seine Kernkompetenzen zu beschränken und der privaten Wirtschaft neue Geschäftsfelder zu öffnen, stellt die geplante Beschränkung der unternehmerischen Tätigkeit von Städten und Gemeinden dar. Eine Umsetzung der Pläne erscheint angesichts der anhaltenden Widerstände der Betroffenen jedoch fraglich. Eine (Teil-)Privatisierung der sechs Universitätskliniken ist zunächst nicht absehbar. Nordrhein-Westfalen wendet jährlich ca. 900 Mio. Euro für die Hochschulmedizin auf und will bei diesem Posten auch in Zukunft keine Abstriche machen. Stattdessen soll

durch eine bessere Zusammenarbeit in Forschung, Lehre und Verwaltung die Qualität gesteigert werden.

[Letzter Platz bei Investitionsausgaben]

Damit ein Standort auch in Zukunft noch attraktiv ist, dürfen notwendige Sparmaßnahmen nicht einseitig zu Lasten investiver Ausgaben gehen. Der letzte Platz bei den Investitionsausgaben je Einwohner (1,21 Punkte) sollte daher kein Dauerzustand für Nordrhein-Westfalen sein. Auch die Ausgaben für Forschung und Entwicklung je Einwohner sind lediglich unterdurchschnittlich (3,73 Punkte). Das Land befindet sich hier jedoch zumindest im Mittelfeld. Die wirtschaftliche Verwertbarkeit der Forschung zeigt sich an den Patentanmeldungen. Hier erreicht Nordrhein-Westfalen mit 4,90 Punkten immerhin den fünften Platz. Aktuell gibt es Bestrebungen, die Versäumnisse NRW im Bereich der Hochtechnologie nachzuholen. Das Land ist hier seit Mitte der neunziger Jahre insbesondere im Vergleich zu Bayern und Baden-Württemberg zurückgefallen.

[Geringe Selbstständigenquote]

Innovationen und eine hohe Selbstständigenquote sind wichtige Triebkräfte für wirtschaftliches Wachstum. Leider zieht es in Nordrhein-Westfalen nur relativ wenige Menschen in die Selbstständigkeit. So belegt NRW beim Wirkungsfaktor „Selbstständigenquote“ mit 3,25 Punkten nur den elften Platz. Das Land sollte daher die Selbstständigkeit noch mehr als reizvolle Alternative zur abhängigen Beschäftigung vermitteln, potenzielle Gründer bei ihrem Vorhaben tatkräftig unterstützen und (bürokratische) Hemmnisse abbauen.

[Hemmnisse für Infrastruktur abbauen]

Eine gute Infrastruktur fördert den Erfolg sowohl von Gründern als auch von bereits am Markt etablierten Unternehmen. Was den Wirkungsfaktor „Luftverkehr, beförderte Personen“ betrifft, liegen nur die Stadtstaaten sowie Hessen und Bayern vor Nordrhein-Westfalen. Einen großen Anteil am guten Abschneiden bei diesem Wirkungsfaktor trägt der Flughafen Düsseldorf mit dem deutschlandweit dritthöchsten Passagieraufkommen. Anders als beispielsweise in München fallen die Steigerungen des Passagieraufkommens jedoch schon seit Jahren relativ niedrig aus. Die Hauptursache hierfür stellen die besonders strengen Auflagen zum Flugbetrieb dar, um die Lärmbelästigung der Anliegergemeinden möglichst gering zu halten. Insbesondere die weitgehende Einschränkung von Nachtflügen und die begrenzte Zahl an Flugbewegungen beschränken das Wachstum bei den Passagierzahlen. Durch die Ende 2005 vom Landesverkehrsministerium genehmigte neue Betriebsregelung konnte die Anzahl der Starts und Landungen zwar deutlich ausgeweitet werden, die grundsätzlichen Hemmnisse für ein

weiteres Wachstum bleiben jedoch bestehen. Auch bei den anderen Infrastrukturindikatoren schneidet das Land nicht schlecht ab, wenngleich dort ebenso Verbesserungen möglich sind.

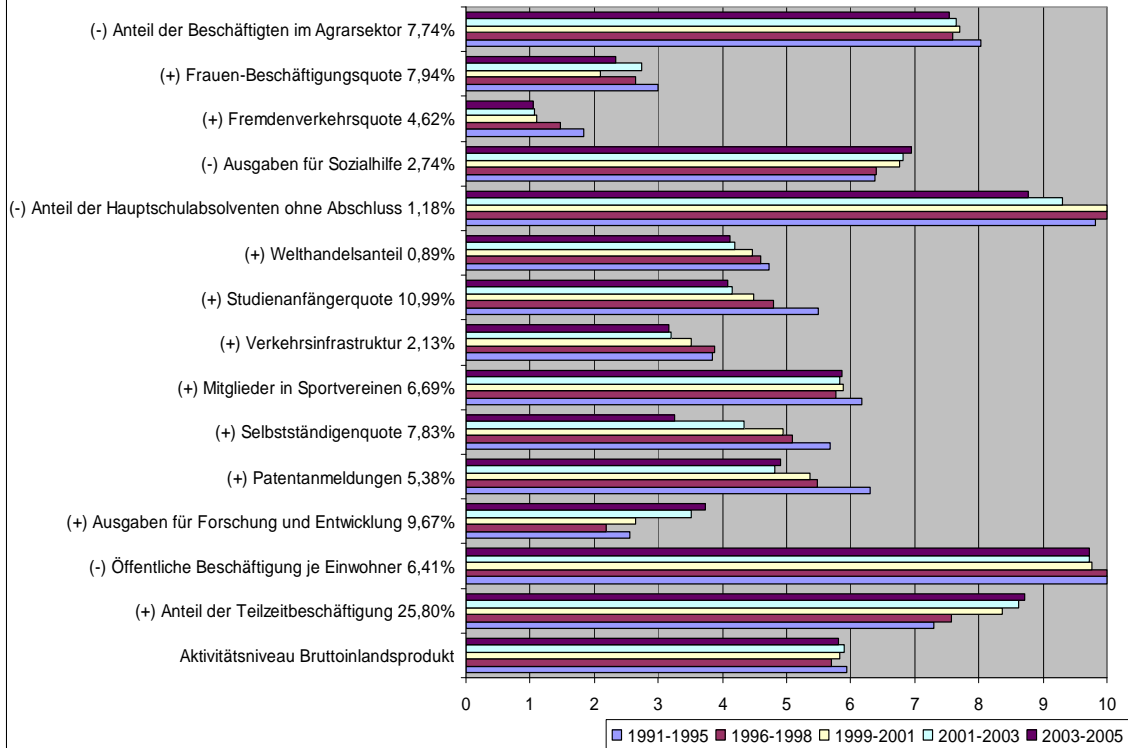
[Höchsten Haushaltsanteil der Kommunen]

Vorbildlich ist Nordrhein-Westfalen beim Wirkungsfaktor „Haushaltsanteil der Kommunen“. Mit 10 Punkten liegt es hier einsam an der Spitze. Unsere ökonometrischen Untersuchungen legen nahe, dass eine (finanzielle) Dezentralisierung mit mehr Wachstum einhergeht. Auf der anderen Seite hat NRW die zweithöchsten Gewerbesteuerhebesätze, was sich wiederum nachteilig auf die regionale Wirtschaft auswirken dürfte.

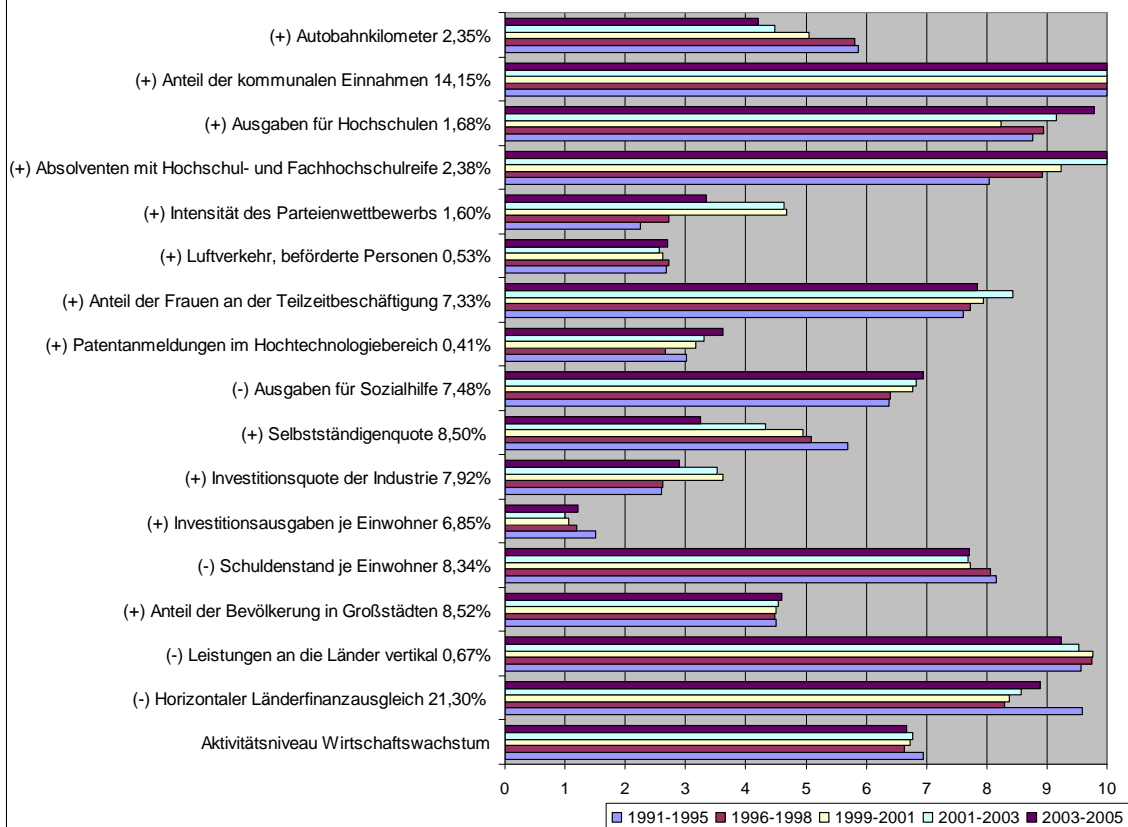
[Essens Auszeichnung weckt Hoffnung für Tourismus]

Die Tourismusbranche trägt bisher wenig zur Wirtschaftskraft des Landes bei. So liegt NRW beim Wirkungsfaktor „Fremdenverkehrsquote“ mit 1,04 Punkten auf dem 14. Platz. Die Hauptursache für die hintere Platzierung dürfte darin begründet sein, dass der mit 5,4 Mio. Einwohnern größte Ballungsraum Deutschlands, das Ruhrgebiet, bisher nicht gerade ein Anziehungspunkt für Touristenströme war. In Zukunft könnte jedoch die Auszeichnung Essens als „Kulturhauptstadt Europas 2010“ für steigende Besucherzahlen sorgen. Sei es die Bochumer Jahrhunderthalle, das Dortmunder Konzerthaus, der Duisburger Landschaftspark oder die als Weltkulturerbe der Unesco ausgezeichnete Zeche „Zollverein“ in Essen, zu entdecken gibt es einiges im Ruhrgebiet. Überdies gibt die Auszeichnung auch Selbstvertrauen, was dem durch Bevölkerungsrückgang, Arbeitsplatzverluste, demografischen Wandel und den hohen Migrantenanteil gekennzeichneten Ruhrgebiet sichtlich gut tut.

NRW: BIP-Niveau



NRW: Wirtschaftswachstum



Beschäftigung

[Erwerbs- und Arbeitslosenquote leicht überdurchschnittlich]

Im Zielgrößenbereich „Beschäftigung“ liegt NRW mit geringfügig überdurchschnittlicher Arbeitslosenquote (offen und verdeckt) und leicht überdurchschnittlicher Erwerbstätigenquote knapp im grünen Bereich. Noch knapper landet Nordrhein-Westfalen mit seinen diesbezüglichen Aktivitäten in der grünen Zone. Bei seinen Anstrengungen zur Steigerung der Erwerbstätigkeit und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sollte das Land nicht zurückfallen, will es auch in Zukunft im grünen Erfolgsbereich vertreten sein.

[Gute Ansätze in Bildungspolitik]

Mit der schwindenden Bedeutung der Kohle offenbart sich in Nordrhein-Westfalen die Erkenntnis, dass der einzige zukunftssträchtige Rohstoff in Deutschland Bildung ist. Das neue Schulgesetz soll laut Landeschulministerin Barbara Sommer herausführen aus der Zweitklassigkeit des nordrhein-westfälischen Schulwesens. Als Ziel der Reform wurden gute bis sehr gute Pisa-Resultate der nordrhein-westfälischen Schüler ausgegeben. Dabei steht für Sommer außer Frage, dass man dies im bestehenden dreigliedrigen Schulsystem erreichen kann. Demgegenüber hatten viele Experten angeraten, das alte gegliederte System aufzugeben und bis zur zehnten Klasse auf ein Gesamtschulsystem zu setzen. Ob die Reform des Schulgesetzes tatsächlich den gewünschten Effekt entfaltet, wird sich in Zukunft zeigen müssen. Vor allem die vorschulischen Sprachtests in Verbindung mit Sprachförderkursen und die gezielte Förderung von Lernschwachen sind richtige Ansätze.

Durch die Abschaffung der Schulbezirke bei öffentlichen Grundschulen soll den Eltern mehr Freiheit bei der Auswahl einer Schule gegeben werden. Weitere Schlagworte der Reform sind Zentralabitur, Abitur nach zwölf Jahren, frühere Einschulung und eine Einschränkung des Einflusses der Eltern beim Wechsel auf eine weiterführende Schule. Für eine höhere Durchlässigkeit soll die Verpflichtung der Lehrer an Haupt- und Realschulen sorgen, nach den Halbjahreszeugnissen in den fünften und sechsten Klassen zu überprüfen, ob leistungsstarke Schüler auf das Gymnasium wechseln können. Schaut man sich den Wirkungsfaktor „Absolventen mit Hochschul- und Fachhochschulreife“ an, scheint bereits heute die Durchlässigkeit in NRW vergleichsweise hoch zu sein. Mit 10 Punkten führt Nordrhein-Westfalen hier das Feld an. Auch der geringe Anteil an Hauptschulabsolventen ohne Abschluss ist erfreulich (8,78 Punkte, 2. Platz).

Beim Wirkungsfaktor „Studienanfängerquote“ belegt das Land den sechsten Platz (4,09 Punkte). Interessanterweise verfügten sowohl das Ruhrgebiet als auch Düsseldorf bis in die sechziger Jahre über keine Universität. Nichtsdestotrotz hat Nordrhein-Westfalen aktuell beim Wirkungsfaktor „Ausgaben für Hochschulen“ mit 9,78 Punkten den Spitzenplatz inne. Seit Januar 2006 können zudem alle staatlichen Hochschulen im Rahmen von Globalhaushalten freier über ihre Mittel verfügen und beispielsweise Rücklagen für Investitionen in kommenden Jahren bilden. Die Zuteilung der Landesgelder auf die einzelnen Hochschulen erfolgt dabei zum Teil leistungsbezogen nach den Kriterien: Zahl der Absolventen, Studiendauer und eingeworbene Drittmittel.

Doch damit nicht genug. Am 1. Januar 2007 trat das sogenannte Hochschulfreiheitsgesetz in Kraft. Die NRW-Hochschulen wurden damit in einem Maße autonom, das bundesweit bislang einzigartig ist. Durch das Gesetz wurden alle staatlichen Hochschulen als Körperschaften des öffentlichen Rechts verselbstständigt und erhielten weitreichende Kompetenzen für Finanz-, Personal- und Organisationsentscheidungen. So ist das Universitätspersonal nun nicht mehr beim Land, sondern unter Beibehaltung der bisherigen Rechte und Pflichten, direkt bei den Hochschulen angestellt. Allein die Rechtsaufsicht bleibt beim nordrhein-westfälischen Innovationsministerium. Innovationsminister Pinkwart verspricht sich von der Reform unter anderem, dass Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und die Wirtschaft enger zusammengeführt werden.

[Stärkere Zusammenarbeit zwischen Uni und Wirtschaft]

Kritiker befürchten dagegen einen zunehmenden Einfluss der Wirtschaft und damit einhergehend eine Ökonomisierung der Hochschulen. Insbesondere die neue Institution der Hochschulräte, die zum Großteil aus Externen (nicht der jeweiligen Hochschule Angehörigen) besetzt werden, wird heftig kritisiert. Die Hochschulräte sind vor allem für die strategische Ausrichtung der jeweiligen Hochschule zuständig. Sie übernehmen die Aufsicht über das von der Hochschulleitung zu erledigende operative Geschäft und sollen Impulse aus Gesellschaft und Wirtschaft aufnehmen und in die Hochschulpolitik einfließen lassen. Für diese Aufgaben sind sie mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet.

[Gutes Zeugnis für Ausbildungspolitik]

Mit dem achten Platz beim Wirkungsfaktor „Ausbildungsstellenrelation“ gibt sich NRW erfreulicherweise nicht zufrieden. So soll es durch ein Bündel von Maßnahmen insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen wieder attraktiver werden, Lehrstellen anzubieten. Unter anderem wurde der zweite Berufsschultag nach dem ersten Lehrjahr gestrichen, so dass

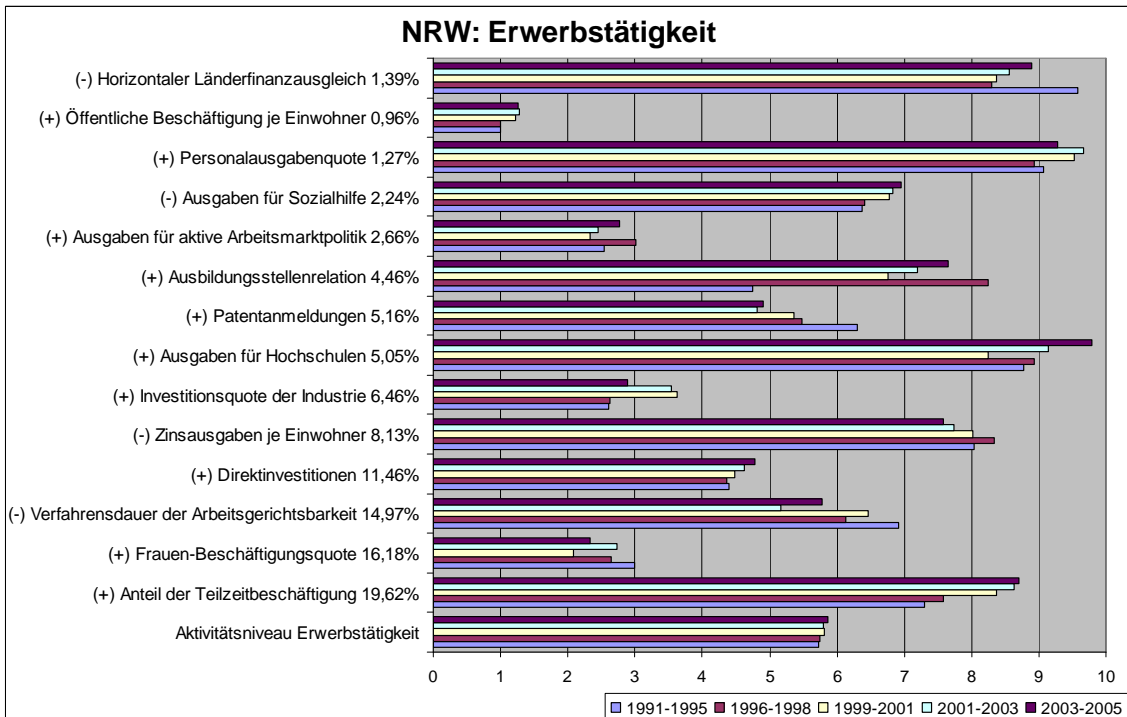
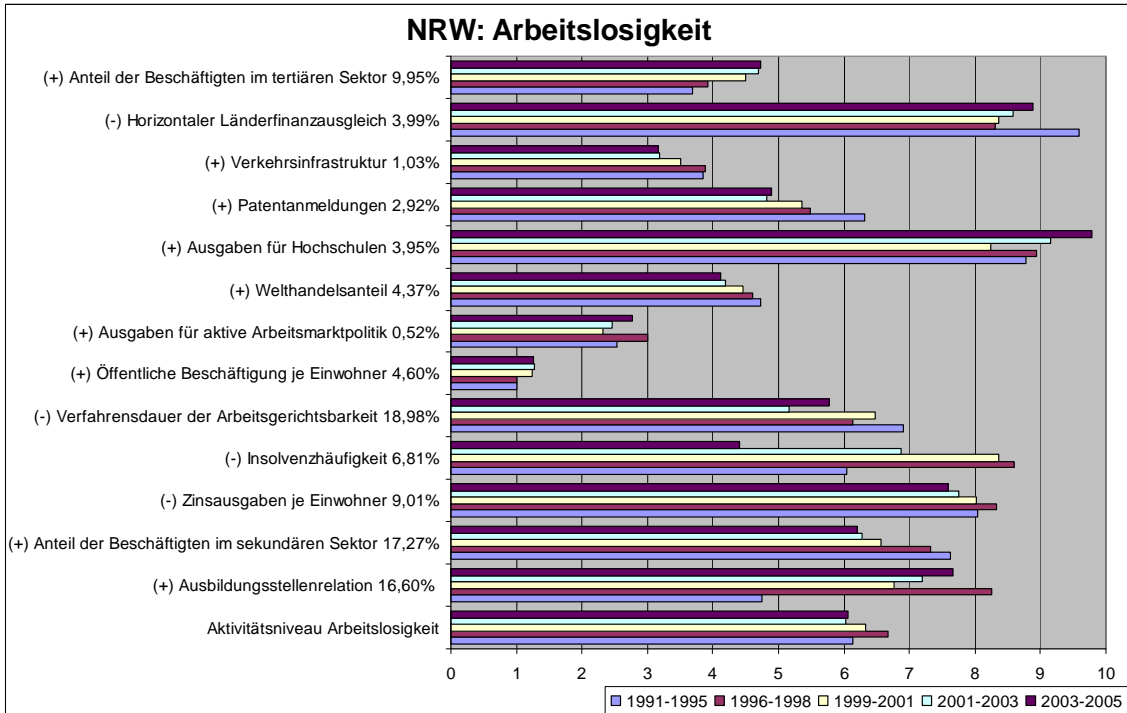
die Auszubildenden im zweiten und dritten Lehrjahr häufiger im Betrieb sind. Die bundesweit vorgeschriebene Mindestzahl von 480 Schulstunden in drei Jahren wird durch eine dreiwöchige Berufsschulzeit vor dem eigentlichen Beginn der dualen Ausbildung erreicht. Bei der Lehrstellensuche erfolglos Gebliebene sollen künftig in einzelnen Berufsbildern und Regionen eine rein schulische Ausbildung erhalten.

[Starker Dienstleistungssektor]

Neue Jobs entstehen auch in NRW vor allem im Dienstleistungssektor. Dort arbeiten prozentual etwas mehr Menschen als im Bundesdurchschnitt, was sich nicht zuletzt auf die Finanzbranche in NRW, insbesondere in Düsseldorf, zurückzuführen lässt. Auch wenn deren Präsenz nicht so offensichtlich ist wie in Frankfurt, gilt NRW dennoch als vielversprechender Standort für Kreditinstitute in Deutschland. Um das weitere Wachstum dieser Branche zu gewährleisten, sollten unter anderem finanzmarktfreundliche Rahmenbedingungen geschaffen bzw. beibehalten und die finanzwissenschaftliche Forschung an den Hochschulen in NRW gestärkt werden. Von einem funktionierenden Markt für Eigen- und Fremdkapital profitieren schließlich auch andere Unternehmen. Zusammen mit investitionsfördernden Rahmenbedingungen könnten so auch die vergleichsweise hohe Insolvenzhäufigkeit verringert und die relativ niedrige Investitionsquote der Industrie erhöht werden. Doch nicht nur die Finanzbranche schafft Arbeitsplätze. Die Werbewirtschaft und die Beraterbranche inklusive Wirtschaftsprüfungs- und Steuerprüfungsgesellschaften in Düsseldorf oder die Medienbranche in Köln sind weitere Standbeine für die Beschäftigung in NRW.

[Niedrige Frauenbeschäftigungsquote]

Bei der Frauenbeschäftigungsquote befindet sich Nordrhein-Westfalen mit 2,33 Punkten auf dem vorletzten Platz und hat damit noch starken Nachholbedarf. Verbesserte Betreuungsmöglichkeiten für Kinder könnten dazu beitragen, dass Mütter relativ schnell nach der Geburt zumindest eine Teilzeitbeschäftigung aufnehmen und so nicht zu lange dem Arbeitsmarkt fern bleiben.



Sicherheit

[Sicherheit steigerbar]

Im Zielgrößenbereich „Sicherheit“ liegt Nordrhein-Westfalen im gelben Bereich. Allerdings muss das Land seine Anstrengungen spürbar steigern, wenn es in das relativ nahe gelegene grüne Dreieck kommen will. Denn im Aktivitätsbereich „Sicherheit“ streift das Land sogar das rote Feld. Im Folgenden werden die einzelnen Zielgrößen und die zugehörigen Aktivitätsniveaus genauer betrachtet, um Verbesserungspotenzial aufzuzeigen.

[Niedrige Werte bei Innere Sicherheit]

Bei der Zielgröße „Innere Sicherheit“ bekleidet Nordrhein-Westfalen einen unteren Rang (12. Platz). Unter den Flächenländern lässt es lediglich Schleswig-Holstein hinter sich, dessen diesbezügliche Aktivitäten allerdings mit 4,80 Punkten (9. Platz) noch etwas besser als die NRWs sind (11. Platz mit 4,68 Punkten). Ein wesentlicher Grund für das schlechte Abschneiden liegt in dem für ein Flächenland größten Anteil von in Großstädten lebenden Menschen. So haben nur die Stadtstaaten mehr Drogentote je 1 Mio. Einwohner zu verzeichnen. Vor allem im Ruhrgebiet kommen noch die hohe Arbeitslosigkeit und ein hoher Anteil nicht ausreichend integrierter Menschen mit Migrationshintergrund hinzu. Die Drogenkriminalität wird zudem durch die Nähe zu den Niederlanden begünstigt, aus denen ein nicht unerheblicher Teil der Drogen „importiert“ wird. Ein möglicher Ansatzpunkt wäre die Beschleunigung der Strafgerichtsverfahren. Dadurch könnte sich die abschreckende Wirkung einer Verurteilung erhöhen.. Bei diesem Indikator liegt Nordrhein-Westfalen zwar mit 4,60 Punkten im vorderen Mittelfeld (Durchschnitt 5,21 Punkte). Wie das Beispiel Bayern zeigt, ist jedoch durchaus noch eine Verbesserung möglich. Um Verbrechen vorzubeugen und gegebenenfalls eine schnelle Aufklärung zu gewährleisten, sollten die Polizeibeamten von überflüssiger Bürokratie entlastet werden, damit sie an den Kriminalitätsschwerpunkten Präsenz zeigen können.

[Familienpolitik als Schwerpunkt]

Um Kinder besser vor Vernachlässigung und Misshandlung zu schützen, sieht das nordrhein-westfälische Landeskabinett verschiedene Maßnahmen vor. Verpflichtende Früherkennungsuntersuchungen und Fortbildung von Lehrern und Erziehern, um die Aufmerksamkeit für möglicherweise misshandelte Kinder zu schulen, sind zwei Schwerpunkte. Auch ist in Zukunft den Eltern von Neugeborenen ein Besuch kommunaler Angestellter sicher. Diese übergeben quasi als Geburtsgeschenk ein sog. Elternbegleitbuch, um den jungen Familien Grundsätze der Kindererziehung nahe zu legen. Bei der Gelegenheit machen sich die kommunalen Angestellten auch gleich ein Bild von den familiären und wohnlichen Verhältnissen, in denen das Kind aufwachsen wird.

[Scheidungsquote erhöht Anzahl der Transferbezieher]

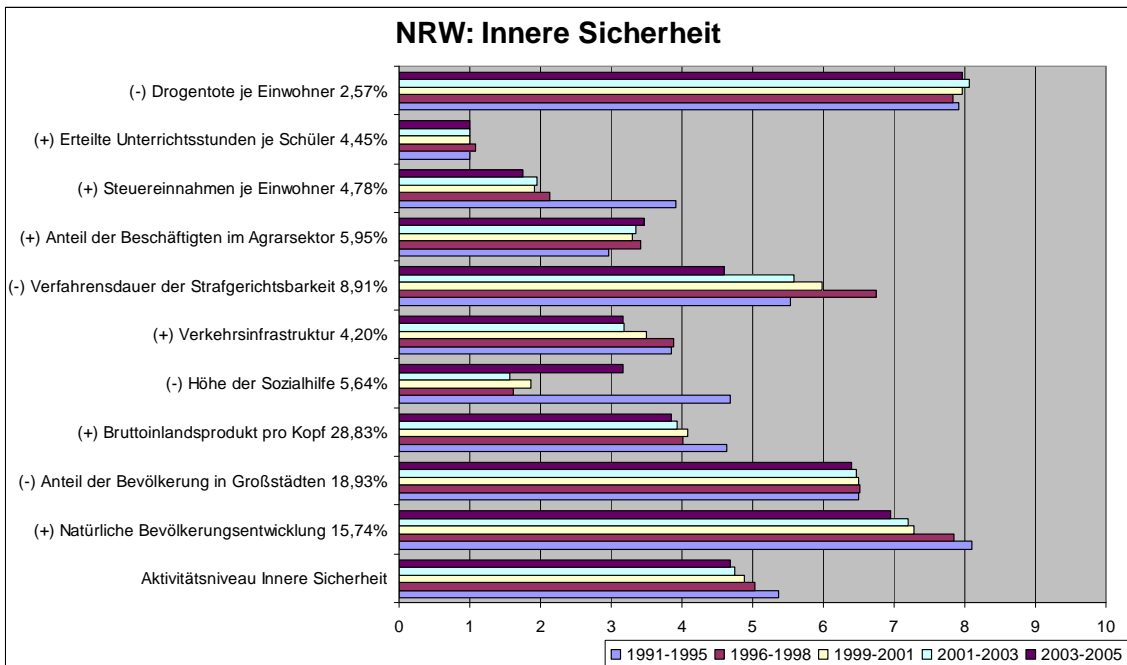
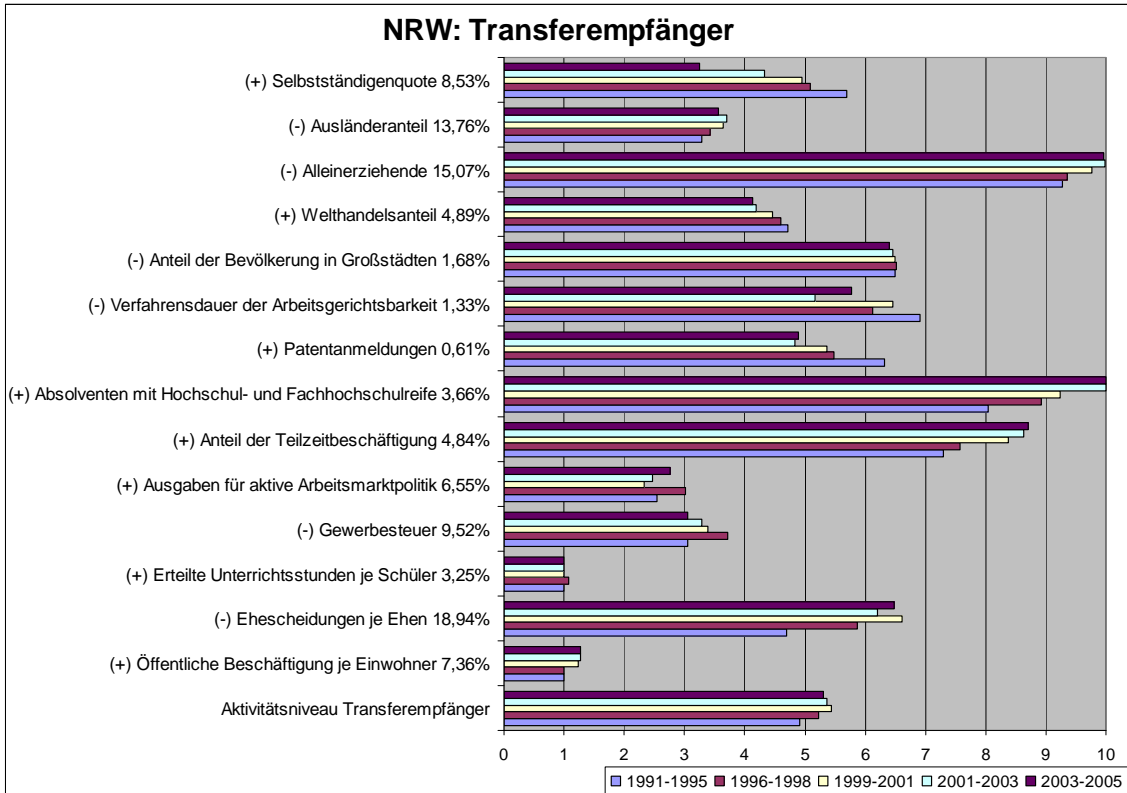
Bei der Zielgröße „Anteil der Transferempfänger“ liegt NRW auf dem siebten Platz. Der schwache 13. Platz beim Aktivitätsniveau in diesem Bereich verspricht jedoch in naher Zukunft keine weitere Verbesserung. Eine Ursache hierfür ist neben dem Strukturwandel und den damit verbundenen Arbeitsplatzverlusten, dass Nordrhein-Westfalen relativ viele Ehescheidungen zu verbuchen hat. Nur in den Stadtstaaten und Schleswig-Holstein gehen mehr Ehen in die Brüche. Gerade Scheidungen in Einverdienerhaushalten mit einem oder mehr Kindern hinterlassen oft mindestens einen Transferempfänger.

[Steigende Kriminalität, mangelnde Integration]

Auch der relativ hohe Anteil an Ausländern in NRW stellt eine sicherheitspolitische Herausforderung dar. Denn gelingt es nicht, Ausländer besser zu integrieren, wird diese Gruppe auch in Zukunft überdurchschnittlich häufig auf staatliche Transfers angewiesen sein. Darüber hinaus nehmen das Gewaltpotenzial und die Kriminalität besonders unter Jugendlichen zu, die in relativ armen Haushalten leben und kaum Hoffnung auf einen Arbeitsplatz haben. Ein Schwerpunkt sollte daher auf die vorschulische Betreuung von Kindern mit Migrationshintergrund gelegt werden, damit diese die für den Unterricht nötigen Sprachkenntnisse erlernen. Das neue Schulgesetz sieht hierfür ein zweistufiges Verfahren obligatorischer, vorschulischer Sprachtests in Verbindung mit Sprachförderkursen vor.

[Schlechte Betreuungssituation]

Erheblicher Nachholbedarf besteht jedoch weiterhin bei der schulischen Betreuung, wie das schlechte Abschneiden beim Wirkungsfaktor „Erteilte Unterrichtsstunden je Schüler“ deutlich zeigt. Mit nur einem Punkt liegt Nordrhein-Westfalen dort auf dem letzten Platz. Der schlechten Betreuungssituation wurde in den letzten Jahren durch zusätzliche Lehrer etwas entgegen gewirkt, zusätzliche Anstrengungen sind jedoch geboten.



Einschätzung

[Auf dem richtigen Weg...]

Die positive Entwicklung entlang der Rheinschiene ist nur ein Teil der Bilanz Nordrhein-Westfalens. Die noch nicht verarbeitete Krise des Bergbaus im Ruhrgebiet ist die andere Seite der Medaille. Erste wichtige Schritte wurden unternommen. Doch der beschwerliche Weg muss noch lange fortgesetzt werden, ehe sich die Lage spürbar verbessert. Die Erkenntnis, dass Bildung der Schlüssel zu mehr Wohlstand ist, scheint sich durchgesetzt zu haben, auch wenn über Detailfragen noch gestritten wird. Nordrhein-Westfalen kann es sich nicht leisten, Teile der Bevölkerung nicht ausreichend zu fördern. Die Bildungspolitik muss sich daran messen lassen, ob es ihr gelingt, alle arbeitsfähigen Menschen für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren. Die aus dem Subventionsabbau freiwerdenden Mittel sollten daher in Aus- und Weiterbildung investiert werden, denn die Grundlage für eine prosperierende Wirtschaft sind qualifizierte Arbeitskräfte. Arbeitgeber müssen sich sicher sein können, dass Schulabgänger über die nötigen Grundkenntnisse für eine Berufsausbildung verfügen und dass sie vor Ort geeignete Fachkräfte finden.

[...NRW wieder als Einheit auf Erfolgsspur zu bringen]

Die Förderung innovativer Ideen und Unternehmer als Triebfeder für Wachstum und Beschäftigung kann dabei vor allem durch unternehmensfreundliche Rahmenbedingungen, möglichst wenig Bürokratie und eine herausragende Forschungsinfrastruktur gewährleistet werden. Soll die Wirtschaft auch in Zukunft Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Landes haben, bedarf es trotz der notwendigen Anstrengungen im Bildungsbereich den Konsolidierungskurs beizubehalten und den Haushalt auch weiterhin nach Einsparpotenzial zu durchforsten. Ziel aller Anstrengungen muss es sein, Nordrhein-Westfalen wieder als Ganzes auf die Erfolgsspur zu bekommen.

